



# HESSISCHER LANDTAG

09. 05. 2008

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Armut-Reichtums-Bericht**

Der Landtag wolle beschließen:

Die geschäftsführende Landesregierung wird aufgefordert, einen Armut- und Reichtumsbericht für das Jahr 2007 zu erstellen. Der Bericht soll jährlich fortgeschrieben werden.

Hierzu ist es notwendig, nicht nur isoliertes Datenmaterial zu sammeln, sondern es sollen einheitliche Kriterien zur Bewertung der vielfältigen Lebenszusammenhänge erstellt werden. Armut und benachteiligte Lebenslagen verstärken sich wechselseitig und erhöhen damit das Risiko sozialer Ausgrenzung. Teilhabe bzw. Ausgrenzung sollten aus den Daten differenziert hervorgehen, um sozialpolitische Probleme klar zu erkennen.

1. Insbesondere ist auf die Lebenssituation von
  - Kindern und Jugendlichen,
  - Alleinerziehenden,
  - älteren Menschen
  - und prekär Beschäftigten einzugehen.
2. Der Bericht soll
  - regionale Unterschiede herausarbeiten,
  - Verteilung von Vermögen und Einkommen differenziert darstellen,
  - die Möglichkeiten des gleichberechtigten Zugangs an Bildung ermitteln,
  - Tendenzen der Ausgrenzung differenziert beschreiben,
  - sozialpolitische Probleme konsequent verdeutlichen.

### **Begründung:**

Die Bekämpfung und Vermeidung von Armut ist eine der zentralen Aufgaben von Regierungen.

Armut ist ursächlich kein individuelles, sondern ein gesellschaftlich bedingtes Phänomen. Die Existenz von Armut und insbesondere Kinderarmut ist zwar nicht unbekannt, hat aber noch immer nicht den Stellenwert in der öffentlichen Debatte, den das Thema Armut unbedingt verlangt.

Ein Armut- und Reichtumsbericht dient der Diskussion im Hessischen Landtag, aber auch den sozialpolitischen Akteuren und Einrichtungen sowie der Öffentlichkeit ein deutliches Bild der sozialen Situation zu vermitteln und damit als Instrument zur wirksamen Bekämpfung von Armut zu dienen.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist die gründliche Analyse der ökonomischen Rahmenbedingungen zwingend. Maßnahmen insbesondere der Prävention können nur auf gesichertem Grundlagenmaterial erstellt werden, das sowohl Armut als auch Reichtum betrachtet. Ohne den Reichtum zum Thema zu machen, kann Armut nicht erfasst werden.

Die Einkommenssituation der Menschen in unserem Land klafft zunehmend auseinander. Dabei begreifen große Teile der Bevölkerung schon seit Längerem die Verteilung von Einkommen und Vermögen als nicht mehr gerecht. Die daraus resultierenden Spannungen können das gesellschaftliche Zusammenleben gefährden.

Es geht darum, eine entsprechende Politik zu entwickeln, die nicht nur das Überleben des Einzelnen absichert, sondern auch ein Leben in Würde gewährleistet.

Wiesbaden, 9. Mai 2008

Der Fraktionsvorsitzende:  
**van Ooyen**